Nr. 71 1. Ausgabe Sonntag, 14. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17108. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreisen
Grundzeile 22 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 62 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Nachweis 10 v. H. Gebührenerhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Gewähr für Aufnahme bestimmter Tage und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreisen
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 1.75, vierteljährlich M. 5.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintrag, 6 in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Der Ausbruch der Gegenrevolution in Berlin

Die Hauptstadt in der Gewalt der gegenrevolutionären Truppen — Landschaftsdirektor Kapp als Diktator — Die republikanischen Minister aus ihren Aemtern verdrängt — Aufforderung zum Generalstreik

In der Frühe des heutigen Tages haben sich in Berlin Ereignisse vollzogen, deren Tragweite und Auswirkung noch gar nicht abzusehen ist. Es wurden bisher oft die Möglichkeiten einer Gegenrevolution erörtert, aber erst in den letzten Tagen wurde in Berlin von maßgeblichen Beurteilern gesagt, außerhalb eines kleinen Kreises, einer unbeträchtlichen Minderheit, denke man nicht einmal auf der äußersten Rechten an Umsturz oder Gegenrevolution. Die besonnenen Konservativen verwahrten sich dagegen, weil sie einsahen, daß das Unternehmen, im Grunde aussichtslos, nur zum Bürgerkrieg führen könne. Das alles mag insoweit richtig beurteilt sein. Aber man hat diese Rechnung doch ohne richtige Einschätzung der Kräfte eben der Minderheit gemacht, die nun die auf die Reichsverfassung vereidigten Truppen nach Berlin geführt, die Nationalversammlung und die Regierung mit einem Federstrich aufgehoben, den preußischen Landschaftsdirektor Kapp, den Gründer der Vaterlandspartei, zum Diktator ausgerufen hat.

Es ist zunächst nicht abzuschätzen, wie groß oder vielmehr wie klein die Gefolgschaft der augenblicklichen Machthaber in Berlin ist. Ferner bleibt abzuwarten, wie der von den sozialistischen Mitgliedern der Reichsregierung erlassene Aufruf zum Generalstreik befolgt oder seine Auswirkung unterdrückt wird. Aber wenn die Berliner Machthaber glauben, sie könnten gegen den Willen der Arbeiter und der Demokratie ihre Regierung stabilisieren, so befinden sie sich in einem verhängnisvollen Irrtum und verkennen die Gefahr eines Bürgerkrieges, der gar nicht mit Waffen ausgefochten zu werden braucht, ohne deshalb minder schrecklich zu sein.

Kommt es zum Generalstreik, so liegen die Folgen klar. Wir können ohne Aufrechterhaltung der ohnehin noch immer schwer gefährdeten Wirtschaft- und Lebensmittelversorgung nur ganz kurze Zeit militärisch existieren. Diese Folgen haben die Führer der Gegenrevolution offenbar gar nicht bedacht. Sie haben die Gewehre und die Geschütze. Aber mit Gewehren und Geschützen kann man keine Maschinen in Bewegung setzen, wenn Arme und Hirne sich weigern. Will man die zwingen, dann — kommt es zum blutigen Bürgerkrieg. In dem Augenblick, da man Deutschland vom Ausland auf anderen, die harten Friedensbedingungen revidieren, durch eine internationale Valutakonferenz den Kriegsschaden der Wirtschaft operativ beseitigen will.

Die militärische Gegenrevolution hebt alle Gegner des französischen Militarismus in England, Amerika, Italien aus dem Sattel. Jetzt kann Clemenceau wiederkommen. Jetzt wird sich die deutschfeindliche Reaktion nicht nur in den Ententeländern zusammenschließen, es werden ihr wohl auch die nicht chauvinistischen Strömungen zufließen, die das Vertrauen zu Deutschland und seiner inneren Wandlung verlieren.

Deshalb und weil wir keine Aussicht sehen, daß Herr Kapp, der insbesondere im ganzen deutschen Süden keinen einzigen Gefolgsmann hat, die „Regierung der Ordnung, der Freiheit, der Tat" zu errichten und durchzuhalten vermag, fürchten wir, daß der ganze „Erfolg" dieser Berliner Militärdiktatur schließlich eine Entwicklung zum Radikalismus sein wird, während wir bei allen ernsten, nie geleugneten, oft kritisierten Mängeln der Regierung eben dabei waren, die Arbeitsleistung zu steigern, in gemäßigte Bahnen einzulenken.

Es bedarf nicht erst der Feststellung, daß die Demokratie durch eine Regierung Kapp-v. Lüttwitz ebenso bedroht ist wie die Sozialdemokratie. Für Herrn Kapp nur so Herr v. Bethmann Hollweg schon ungefähr ein Jahrzehnt. Und wenn es in Deutschland einen genialen Staatsmann gäbe, der als Diktator Brot, erst Brot, Friede, Ordnung, Arbeit in vollem Maße zu schaffen vermöchte — Herr Kapp ist es gewiß nicht. Man würde ihn gewiß gern angenehm enttäuscht sehen. Wer will denn nicht Brot, Friede, Ordnung, Arbeit? Aber auf diese Weise ist dieses allen genehme Programm nicht einmal von Napoleon durchgesetzt worden zu einer Zeit, da die Massen soviel mehr bedeuteten und die Industrie und die Industriearbeiter völlig unentwickelt waren.

So müssen wir uns auf neue schlimme Zeiten und Erschütterungen gefaßt machen gerade in dem Augenblick, da man glaubte, aufatmen zu dürfen und einer ruhigen demokratischen Aufwärtsentwicklung entgegenzugehen.

Der Einmarsch der Truppen

† Berlin, 13. März. (Eigener Drahtbericht, 7 Uhr.) Wie wir soeben aus der Reichskanzlei erfahren, rückten heute früh 5 Uhr die gegenrevolutionären Truppen, von Döberitz kommend, in Berlin ein. Es handelt sich um die Marinebrigade Ehrhardt. Zur Zeit hält sie in voller Kriegsausrüstung in der Wilhelmstraße und den angrenzenden Straßen Berlins. Die Sicherheitswehr, die über die Straßenkreuzungen und Zugänge in der Gegend der Wilhelmstraße besetzt hielt, hat ihre Plätze geräumt. Die Reichsminister, die bis 5 Morgens in der Reichskanzlei anwesend waren, haben diese verlassen. Ihr Aufenthalt ist zur Zeit unbekannt. Die Mehrheitssozialdemokratie erläßt einen Aufruf zum Generalstreik. Anhaltend rücken Truppen mit schwarzweißroten Fahnen durch das Brandenburger Tor ein.

† Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir soeben erfahren, haben die gegenrevolutionären Truppen sämtliche Reichsministerien besetzt.

⊕ Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Die innere Stadt ist von der Reichswehr besetzt. General v. Lüttwitz steht an der Spitze der Reichswehr. Zu den Berliner Reichswehrgarnisonen haben heute früh die Berufsmannschaften sich für die neue Regierung erklärt mit Ausnahme einer Charlottenburger Kaserne. Es ist festzustellen, daß die neue Regierung tatsächlich die Macht in Berlin hat.

Die Kundgebungen der Gegenrevolutionäre
Die Diktatur

× Berlin, 13. März. Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den mitunterzeichneten Generallandschaftsdirektor Kapp aus Königsberg in Preußen als Reichskanzler und preußischen Ministerpräsident übergegangen. Zum Militärbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister, wird vom Reichskanzler der General der Inf. Freiherr v. Lüttwitz berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

gez. Freiherr v. Lüttwitz, General der Inf.
gez. Kapp, Generallandschaftsdirektor.

Auflösung der Nationalversammlung

× Berlin, 13. März. Das Mandat der Nationalversammlung zum Erlaß einer Verfassung und zum Abschluß des Friedens ist erloschen. Es fehlt ihr jedes moralische Recht zu weiterer Tagung. Der Versuch, die Wahlen hinauszuschieben und dadurch eigenmächtig ihr Mandat zu verlängern, widerspricht dem Volkswillen. Die eben beschlossene Verfassung wird willkürlich von ihr wie ein Fetzen Papier behandelt. Schon will die Mehrheit die Wahlen des Reichspräsidenten nicht durch die Gesamtheit des Volkes, sondern durch das Parlament vornehmen. Die Nationalversammlung wird hiermit aufgelöst. Sobald die innere Ordnung wiederhergestellt ist, werden wieder verfassungsmäßige Zustände zurückkehren und Neuwahlen ausgeschrieben.

Der Reichskanzler:
gez. Kapp.

Auflösung der preußischen Kammer

× Berlin, 13. März. Die preußische Landesversammlung wird in Anbetracht der veränderten politischen Lage aufgelöst.

Der preußische Ministerpräsident:
gez. Kapp.

Der Aufruf zur Gegenwehr

† Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Die gegenrevolutionären Truppen setzten sich um 1 Uhr in Döberitz in Marsch. Unter den Klängen ihrer Musikkapellen und unter dem Vorantragen schwarzweißroter Fahnen zogen sie feldmarschmäßig ausgerüstet gegen Berlin. Ihre Spitze erreichte bald den Westen Berlins. Die Regierung Bauer hatte, da sich die Reichswehrtruppen und die Sicherheitswehr in Berlin geweigert hatten, den Gegenrevolutionären mit Waffengewalt entgegenzutreten, auf jeden Widerstand verzichtet und den im Alarmzustand befindlichen Truppen befohlen, wieder abzurücken und sich passiv zu verhalten. Ihre letzte Maßnahme war die Aufstellung eines Aufrufes an die Arbeiterschaft Deutschlands zum Generalstreik. Diese Aufforderung, die von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung, Ebert, Bauer, Noske, Schlicke, Schmidt und David sowie von dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei unterzeichnet ist, lautet:

Arbeiter! Der militärpolitische Staat, die Marinedivision Ehrhardt, marschiert auf Berlin, um eine Umgestaltung der Reichsregierung zu erzwingen. Landsknechte, die sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, wollen Reaktionäre auf die Ministerposten bringen. Wir weigern uns, diesem militärischen Zwang uns zu beugen. Wir haben die Revolution nicht gemacht, um das blutige Landsknechtregiment heute wieder anzuerkennen. Wir wollen nicht mit den Militarismus-Verbrechern arbeiten. Genossen! Wir müßten uns vor Euch schämen, wenn wir anders handeln würden, als in diesem Sinne. Nein und nochmals nein! Wir haben in Eurem Sinne gehandelt, um diese Wiederkehr der blutigen Reaktion zu vernichten. Streikt! Legt die Arbeit nieder! Schneidet dieser Militärdiktatur die Luft ab! Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt alle Spaltung beiseite! Es gibt nur ein Mittel gegen die Rückkehr Wilhelms II: Lahmlegung jedes wirtschaftlichen Lebens. Keine Hand darf sich mehr rühren. Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen! Streikt auf der ganzen Linie!

Die Marinebrigade Ehrhardt hielt dann ihren Einzug in Berlin. Im Laufe des Vormittags hat sie sämtliche Regierungsgebäude besetzt. Generallandschaftsdirektor Kapp wird als Diktator eingesetzt. Er will anscheinend ein neues, aus Fachministern bestehendes Kabinett bilden, die Nationalversammlung auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Die Regierung Bauer hatte noch in letzter Stunde versucht, die Döberitzer Truppen von dem Einmarsch abzuhalten. Nach einem gescheiterten Versuch des Admirals v. Trotha war General v. Oven nach Döberitz entsandt worden. Auch er konnte die Führer des gegenrevolutionären Bundes von ihrem Vorhaben nicht abhalten. Die Gegenrevolutionäre richteten an das Kabinett ein Ultimatum, das folgende vier Punkte enthält: 1. Bildung eines neuen Kabinetts, bestehend aus Fachministern; 2. an Stelle Noskes ein General als Reichswehrminister; 3. Straffreiheit für Generallandschaftsdirektor Kapp und die andern in Schutzhaft genommenen Personen; 4. Straffreiheit für die Angehörigen der Marinebrigade Ehrhardt. Nachdem der Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Bauer und Minister Noske bis 6 Uhr morgens im Reichskanzlerpalais über die Frage, ob dieses Ultimatum angenommen oder abgelehnt werden solle, beraten hatten, einigte man sich auf Ablehnung unter Verzicht auf jeden Widerstand. Reichspräsident Ebert verließ sofort nach diesem Kabinettsbeschluß seine Wohnung.

Aufruf der Sächsischen Regierung

Dresden, 13. März.

Die Sächsische Staatsregierung erläßt folgenden Aufruf:

An die Bevölkerung Sachsens!

In Berlin haben sich Ereignisse vollzogen, die das Deutsche Reich und seine Verfassung aufs äußerste bedrohen. Wahnwitzige Putschisten der Reaktion haben die Regierungsgebäude besetzt und vermessen sich, in einem Aufrufe die Nationalversammlung und die preußische Landesversammlung als aufgelöst zu erklären. Die Mitglieder der verfassungsmäßigen Regierung haben Berlin vorläufig verlassen. Deutschland ist vom Bürgerkrieg und damit vom völligen Ruin bedroht!

In dieser Stunde rufen wir die gesamte Bevölkerung zum Schutze der demokratischen Verfassung und der ordnungsmäßigen Regierung auf. Der Versuch einer Berliner Militärdiktatur muß mit allen Mitteln verhindert werden. Es darf erwartet werden, daß der Wahnsinnsstreich der Reaktion auch in Berlin alsbald zusammenbrechen wird.

Die Regierung wird Hand in Hand mit den freiheitlichen und verfassungstreuen Parteien alle weiteren Maßnahmen veranlassen.

Die Regierung des Freistaates Sachsen
gez. Dr. Gradnauer, Ministerpräsident,
Uhlig, Minister des Innern, Dr. Harnisch, Justizminister, Heldt, Arbeitsminister, Schwarz, Wirtschaftsminister, Dr. Seyfert, Unterrichtsminister.

Die Vorbereitung des Putsches

† Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.)

Den Ereignissen liegen folgende Vorgänge zugrunde: Eine Anzahl Persönlichkeiten der äußersten Rechten, die von der Gesamtheit der konservativen Politiker offenbar nicht unterstützt wurden, hatte unter den Truppen eine Agitation zugunsten eines gewaltsamen Umsturzes veranstaltet. Teile der Reichswehr und noch immer nicht entlassene Baltikum-Truppen haben sich dem Unternehmen angeschlossen. Die Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde zum Losschlagen bestimmt. Die Döberitzer Truppen, an ihrer Spitze die Marinebrigade Ehrhardt, hatten den Auftrag, um 1 Uhr nachts nach Berlin abzumarschieren, sich in Berlin der Regierungsgebäude zu bemächtigen, das Ministerium abzusetzen und eine Diktatur auszurufen, für die der frühere Generallandschaftsdirektor Kapp ausersehen ist. Kapp, der sich einer Verhaftung durch Noske, zu der der Befehl schon gegeben war, entziehen konnte, soll sich in Döberitz aufgehalten haben.

† Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Döberitzer Matrosendivision, die am Freitag aufgelöst werden sollte, hat den Stoßtrupp der Gegenrevolution gebildet. Zur Beruhigung der Truppen wurde am Freitag nachmittag Admiral v. Trotha in das Lager entsandt. Er glaubte, einen Erfolg erzielt zu haben. Die Stimmung schlug jedoch nach seiner Rückkehr nach Berlin wieder um. Die Regierung hatte dann die Generale v. Oven und Oldershausen nach Döberitz entsandt die ebenfalls zunächst eine Beruhigung der aufrührerischen Truppen erzielten; nachdem sie sich aber entfernt hatten, beschloß die Matrosendivision von neuem den Vormarsch nach Berlin. Die Truppen standen während dieser Verhandlungen auf der Döberitzer Heerstraße bereits marschbereit. Nach der Rückkehr der Unterhändler hatte die Regierung in den letzten Nachtstunden abermals Generale nach der Döberitzer Heerstraße entsandt, die aber ebenfalls ohne Erfolg, um ½3 Uhr nachts zurückkehrten. Daraufhin wurde beim Reichswehrminister eine Kabinettssitzung einberufen, in der General v. Oldershausen, der mit den Truppen unterhandelte, Bericht erstattete. Anscheinend haben die Truppen bestimmte Forderungen aufgestellt. Es verlautet, daß die Gegenrevolutionäre den Rücktritt der Minister Bauer, Schmidt, Müller und Braun verlangten. Die Bewegung soll angeblich als Ziel haben, die Ersetzung unabhängiger Kabinettsmitglieder durch Fachminister, nicht aber eine allgemeine Reaktion. Es sollen weitere Personen in Schutzhaft genommen worden sein, so u. a. der bekannte Oberst Bauer, der während des Krieges bekanntlich die rechte Hand Ludendorffs war.

Anschluß der Potsdamer Regimenter

⊕ Berlin, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Aus Potsdam wird um 10 Uhr vormittags gemeldet: Die Reichswehr in Potsdam hat heute früh auf ihren beiden Kasernen die schwarzweißrote Fahne gehißt. Die Formationen der Reichswehr haben nach Mitteilung ihres Kommandanten sich im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit der neuen Regierung zur Verfügung gestellt.

Schiele Wirtschaftsminister, Traub Kultusminister!

+ Berlin, 13. März, 12 Uhr mittags. (Eig. Drahtbericht.) Augenblicklich ist ein Kabinett in der Bildung begriffen. Reichskanzler bleibt Generallandschaftsdirektor Kapp, Frhr. v. Lüttwitz wird Reichswehrminister, der Schriftsteller Dr. Schiele-Naumburg Wirtschaftsminister, Abg. Traub Kultusminister und der Oberfinanzrat Lang Finanzminister. In der Erklärung der neuen Regierung wird es heißen, daß die Regierung den Friedensvertrag loyal ausführen werde und seine Durchführung dem Auslande gegenüber verbürge. Weiter wird die Zwangswirtschaft sofort aufgehoben werden. Der städtische und ländliche Grundbesitz wird dafür als Aequivalent zu erheblichen Steuerlasten herangezogen werden, wie die, die für die Fortführung der ordnungsmäßigen Politik des Staates im Augenblick notwendig sind.

Vorbereitung eines Gegenangriffs

+ Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Parteileitung Berlins hat mit den aktivsten Regierungsmitgliedern bis jetzt noch keine direkte Fühlung gewinnen können. Man ist jedoch der Meinung, daß Ebert, Bauer und Noske sich noch in Berlin aufhalten und an der Organisation eines Generalstreiks gegen die Lüttwitz-Truppen arbeiten. Noch am heutigen Tage werden blutige Unruhen in Berlin selbst befürchtet. Der Verkehr vollzieht sich in Groß-Berlin zunächst noch ohne Störung, da die Beratungen der Gewerkschaften zur Stunde noch fortdauern. Im „Vorwärts"-Gebäude herrscht lebhafte Bewegung. Der republikanische Führerbund ist unter Mitwirkung der Gewerkschaften dabei, Ordnung in die Arbeitermassen zu bringen, um rasch zum Generalstreik schreiten zu können. Zu irgendwelchen Zusammenstößen ist es nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen nicht gekommen.

+ Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie verlautet, haben Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und der U. S. P. D. dahin geführt, daß man gemeinsam den Generalstreik proklamieren werde. Die Eisenbahner sollen sich ebenfalls daran beteiligen. Das Gebäude des „Vorwärts" ist von Reichswehrtruppen besetzt worden.

Ein Aufruf des republikanischen Führerbundes

+ Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Der „Vorwärts" veröffentlicht einen dringenden Appell des republikanischen Führerbundes an seine Mitglieder, sowie an alle republikanisch gesinnten Offiziere und Unteroffiziere, die willens sind, in schwerer Stunde die Republik zu verteidigen, sich im Laufe des heutigen Vormittags an einem näher bezeichneten Platz einzufinden. Der Aufruf schließt mit den Worten: Kameraden, die Situation ist furchtbar ernst. Tue jeder seine Pflicht. Keiner darf fehlen.

Berlin in Alarmzustand

Von unsrer Berliner Redaktion

Berlin, 13. März. (Eig. Drahtmeldung.) In den Abendstunden des Freitags wurde im vertrauten Kreise bekannt, daß die Döberitzer Matrosendivision, die gestern aufgelöst werden sollte, meutere und nach Berlin im Anmarsch sei. In der Bevölkerung war noch nichts davon bekannt. Das Straßenbild wies keinerlei Veränderung auf. Wie mit einem Schlage erhielt alsdann das Regierungsviertel von Berlin gegen Mitternacht ein kriegerisches Aussehen. Die Straßen füllten sich mit Soldaten, Maschinengewehren und Geschützen und aus Regierungskreisen vernahm man die besorgte Frage, ob die Regierungstruppen, wenn es wirklich zu einem Zusammenstoß kommen sollte, wie Noske es befiehlt, auf die feldgrauen Lanzenträger der Meuterei schießen werden. Was wollen diese Umstürzler? Es heißt daß ihre Forderung zunächst nur gelautet habe, daß die Ministerien mit Fachleuten besetzt würden. So stark ist das Interesse an den Ministerien wohl nicht, daß man in Nacht und Nebel mit Maschinengewehren und Geschützen auffährt, um Berlin zu erobern. Aus dieser Begründung erkennt man jedoch die Bruchstücke einer parteipolitischen gehetzten Wühlarbeit unter den Truppen. Die hämischen Wühlereien unverantwortlicher Elemente sind bei den Truppenteilen, die dem Schicksal der Auflösung verfallen, auf fruchtbaren Boden geraten. Was mit diesem Putsch erreicht werden soll, ist wohl den Urhebern und Teilnehmern selbst schleierhaft. Viele, die die neue Zeit aus dem alten Gleis gerissen hat, halten es für patriotisch, an den jetzigen Machtverhältnissen zu rütteln, gleichviel, was daraus entsteht. Sie glauben, auf alle Fälle die Unzufriedenheit, die diese schwierige Nachkriegszeit in sich birgt, als Verbündete zu haben. Diese Matrosenmeuterei von rechts ist heller Wahnsinn. Schon hatte man leise gehofft, daß eine soziale und wirtschaftliche Beruhigung eingetreten sei, da stellt uns dieser aufgepuschte Machtstreich vor neue große Gefahren. Glauben diese irregeführten Soldaten, daß sich das Volk von ihnen regieren lasse, daß man von heute auf morgen die Entwicklung um Jahre zurückschrauben könnte? Hoffentlich gelingt es, der Rebellion Herr zu werden, sonst muß befürchtet werden, daß in den nächsten Tagen Verkehr und Wirtschaft zur Stillegung kommen und unser halbverhungertes Volk in den Großstädten vollends zugrundegerichtet wird. Mitschuld an diesem neuen Unglück hat die Entente, die durch ihre unerhörten Herausforderungen das deutsche Empfinden zu immer stärkerer Gegenwehr aufreizt. Die Urheber dieses Putsches bekunden eine